

Antragsteller: Kreisverband Lörrach

Empfänger: SPD-Landesvertreterversammlung 11.03.17

Antrag: zum Thema Steuern

Wir fordern:

1. Absenkung der Einkommenssteuer für kleinere und mittlere Einkommen („Absenkung des Mittelstandsbauches“);
2. Eine sozial ausdifferenzierte Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz
3. Kapitalerträge sollen wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden; höhere Kapitaleinkünfte müssen zu einem entsprechend höheren Steuersatz versteuert werden.
4. Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen)
5. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden oder zu mindestens eine Erbschaftssteuer die wirksam ist, damit das Leistungsprinzip gilt und nicht Erbdynastien entscheidend sind
6. Über Prüfung von Steuerprivilegien
7. Mehr Steuerfahnder und schärfere Strafen gegenüber Steuerbetrügnern und Beratern, die zu Steuerbetrug animieren

Begründung:

Immer mehr Menschen fühlen sich durch ihr niedriges Einkommen in Deutschland abgehängt. Auf der andern Seite häuft sich zunehmend das Vermögen bei wenigen. Die Vermögensschere in Deutschland geht immer weiter auf. Dies bedroht unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Daher muss unsere SPD verstärkt auf soziale Gerechtigkeit drängen. Unser altes Steuersystem haftet reaktionär an längst überkommenen Prinzipien. Gesellschaftliche Entwicklungen müssen auch im Steuersystem reflektiert werden. Besteuerung muss fairer werden: Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen sollen entlastet werden und Vermögenden ihren fairen Beitrag leisten.

Faire Steuern gelten nicht nur für Privatpersonen, sondern müssen erst recht für Firmen gelten: Denn Flucht des Kapitals vor der Ausübung sozialer Verantwortung in unserem Land muss ein Ende gesetzt werden. Die Panama-Papers, Luxemburg-Leaks und das Steuerverhalten von Konzernen wie Apple zeigen aktuell aber enormen Handlungsbedarf auf. Steuerschlupflöcher müssen gestopft, Steueroasen trockengelegt und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Der Antrag wurde auf dem Kreisparteitag am 24.09.2016 in Ötlingen beschlossen